

BERICHT DES POLNISCHEN AUßENMINISTERS JOSEF BECK IM AUSWÄRTIGEN AUSSCHUß DES SEJM AM 10. JANUAR 1938

Hoher Ausschuß,

Der Zeitraum, von welchem ich heute zu sprechen beabsichtige, gehört noch zu jener Reihe von Jahren, die ich in meinen früheren parlamentarischen Exposés als eine Zeit grundsätzlicher Wandlungen in den Methoden der internationalen Politik umschrieben habe.

Ich erlaube mir, in Kürze zu wiederholen, daß ich diese Wandlungen charakterisiert habe als ein Ins-Schwanken-Geraten der Methoden, die zur Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Atmosphäre unmittelbar nach dem Kriege vorgeschlagen wurden. Man glaubte damals, daß die erlittene Erschütterung in radikaler und endgültiger Weise die Art menschlichen Denkens und Handelns zu ändern vermögen werde.

Unsererseits haben wir immer festgestellt, daß der Gedanke selbst, neue Wege zu suchen, die der Menschheit Opfer und Verluste ersparen, und denen vielleicht bessere Verständigungsformen vorbeugen konnten – daß dieser Gedanke uns sympathisch ist. Unabhängig jedoch von tieferen, in der Struktur des internationalen Lebens sich vollziehenden Wandlungen, trugen schon die Formen selbst, welche man von Anfang an dieser neuen Idee gab, den Keim vieler Mißerfolge in sich und mußten vielfach Bedenken erwecken. Im Zeitraum, von welchem ich sprechen werde, nehmen dieser Wandlungsprozeß und diese Mißerfolge mitunter schon drastische Formen an. Es läßt sich jedoch schwerlich behaupten, daß wir schon den Tiefpunkt dieses Prozesses erreicht hätten. Ich werde mir erlauben, heute noch zu einer näheren Analyse dieser Erscheinungen allgemeiner Natur zurückzukehren. Da jedoch keiner von Ihnen, meine Herren, mir verargen wird, daß ich alle weiteren und engeren Erscheinungen vor allem vom Standpunkt der unmittelbaren Interessen unseres Landes überprüfe und bewerte, werde ich mit einem Überblick unserer eigenen Angelegenheiten beginnen.

Hier wird das Bild nicht so pessimistisch sein. Schon in den vergangenen Jahren hatte ich Gelegenheit, vor Ihnen, meine Herren, wiederholt zu betonen, daß unsere Regierung stets bestrebt war, jedes der unseren Staat interessierenden Probleme streng sachlich zu erwägen, unabhängig von den in der Welt auftauchenden wechselnden Konjunkturen und Stimmungen. Aus diesem Grunde wurden wir sogar mitunter kritisiert wegen angeblich allzu starker Vorliebe für „Bilateralismus“, für eine allzu peinliche Beschränkung unserer Besprechungen bloß auf jene Partner, die in den besprochenen Fragen unmittelbar entscheiden konnten.

Heute können wir, so scheint mir, den Punkt auf das i setzen und sagen, daß wir bemüht waren, so zu arbeiten, daß, so weit als möglich, kein grundsätzliches politisches Interesse Polens angetastet wird oder in die in den Methoden breiterer internationaler Zusammenarbeit liegende Verwirrung, hineingezogen wird.

Unsere nachbarlichen Beziehungen, deren wesentlichen Teil die beiden Nicht-Angriffs-Pakte mit der Sowjetunion und mit dem Deutschen Reich bilden, sind weder von einer internationalen Institution noch von einer internationalen Prozedur abhängig gemacht. Sie wurden zu einer Zeit abgeschlossen, da jede dieser Mächte sich außerhalb des

Völkerbundes befand, stützen sich auf tief durchdachte Gründe und politische Interessen und bewahren unangetastet ihren Wert.

Unsere beiden Bündnisse mit Frankreich und Rumänien, wenn sie auch in keinerlei Widerspruch mit dem Völkerbundpakt stehen und sogar im Inhalt der Verträge die Genfer Institution erwähnen, stammen aus dem Jahre 1921, also aus einer Zeit, in der die Organisation des Völkerbundes noch ziemlich locker war; sie waren grundsätzlich als selbständig für sich bestehend aufgefaßt, und nicht als eine Beigabe oder Ergänzung des Völkerbundpaktes. Die größte Verwirrung in diese Fragen brachten die Locarno-Verträge. Ihre frühere Form gehört jedoch heute der Vergangenheit an.

Es sei mir die Vermutung gestattet, am besten kennzeichne den Charakter dieser Verträge die Tatsache, daß gerade in den letzten zwei Jahren die Bedeutung unserer Bündnisse, ihre Lebenskraft und Zweckmäßigkeit sowohl bei uns als auch in den verbündeten Ländern, besonders unterstrichen wurden und daß unser unmittelbarer Kontakt mit diesen Staaten sich in ebenso bedeutsamer als für uns besonders erfreulicher Form ausgedrückt hat. Ich möchte hier die gegenseitigen Besuche des Herrn Präsidenten der Republik und Sr. Majestät des Königs von Rumänien erwähnen, den Aufenthalt in Polen des Thronfolgers Groß-Wojewoden Michael, den Aufenthalt in Rumänien des Marschalls Smigly-Rydz, den Besuchs austausch der Außenminister.

Letzthin ermöglichte der Besuch des französischen Außenministers, Herrn Delbos, unseren leitenden politischen Faktoren die Anknüpfung, beziehungsweise die Fortsetzung von Kontakten, die sich seit zwei Jahren so günstig entwickeln. Ich bewerte das Ergebnis dieses Besuches sehr positiv.

Die immer engere Ausgestaltung unserer Beziehungen zu den verbündeten Ländern fand ein lebhaftes Echo in weiten Kreisen der öffentlichen Meinung; dies bildet den besten Hintergrund für die gegenwärtigen Beziehungen und eine günstige Vorbedeutung für die Zukunft. Von Seiten der neugebildeten rumänischen Regierung haben wir bereits eine Reihe von Beweisen freundschaftlichen Verständnisses für die Bedeutung unserer Allianz empfangen; diese Kundgebungen schätzen wir sehr hoch ein.

Der Aufenthalt in Polen einer Reihe von hervorragenden Staatsmännern anderer europäischer Länder bestätigt, meiner Meinung nach, die Tatsache, daß, wenn die polnische Außenpolitik bewußt bestrebt ist, ihre Tätigkeit im Verhältnis zu den ihr verfügbaren realen Mitteln zu beschränken, wir doch andererseits unsere Rolle nicht zu eng auffassen und bemüht sind, mit den Staaten, mit denen wir gemeinsame Interessen oder gemeinsame Anschauungen haben können, freundschaftliche Beziehungen zu festigen und auszubauen.

So hatten wir im vergangenen Jahr den schon traditionellen Besuch des Ministerpräsidenten Göring, dessen persönlicher Kontakt mit unserem Lande ein wesentliches Element für ein besseres gegenseitiges Verständnis der Festigkeit unserer Nachbarbeziehungen bildet. Offizielle Besuche: der erste Besuch im heutigen Polen des schwedischen Außenministers Sandler, der Besuch des estländischen Außenministers Akel, den wir bereits zum zweiten Mal empfangen, sowie der Besuch des österreichischen Staatssekretärs Schmidt vervollständigen den Überblick dieser persönlichen Berührungen von Leitern der auswärtigen Politik anderer Staaten mit Polen.

Ich beschränke mich hier auf die Anführung der rein politischen offiziellen Besuche, ich kann jedoch nicht umhin, mit wahrer Befriedigung die lebendigen Kontakte meiner Kollegen von den anderen Ressorts mit ihren auswärtigen Ressortkollegen zu betonen.

Diesem Bilde ist noch der durch die Genfer Zusammenkünfte ermöglichte Gedankenaustausch hinzuzufügen, sowie die besonders glänzende Versammlung anlässlich der Krönung Sr. Majestät König Georgs VI. Abgesehen von lange nicht geschauten feierlichen Zeremonien, gab die englische Regierung auch Gelegenheit zu zahlreichen und wertvollen internationalen Begegnungen, und vor allem zur Fühlungnahme der Gäste mit Mitgliedern des britischen Kabinetts.

Unter solchen Umständen können wir feststellen, daß das vergangene Jahr praktische Möglichkeiten zur Fühlungnahme, Gedankenaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Staaten gebracht hat. Wir können also wiederholen, daß eher die Formen als der Inhalt des internationalen Lebens eine Abschwächung erfahren haben.

Zu unmittelbar polnischen Angelegenheiten zurückkehrend, möchte ich hier wichtige Ergebnisse erwähnen, welche dank dem Umstande erzielt wurden, daß, wenn es um uns geht, wir auch vor der Suche nach neuen Formen nicht zurückweichen. So haben wir, im Einvernehmen mit der deutschen Reichsregierung, die Festigung unseres auf den Grundsatz guter Nachbarschaft gestützten Verhältnisses anstrebend, zur Lösung eines der wesentlichen Elemente auf diesem Gebiete gegriffen, nämlich zum Problem der Behandlung der nationalen Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze. Wir hatten kein früheres System zur Verfügung, das die Lebensprobe bestanden hätte. Da wir uns jedoch über das Ziel klar waren, welches wir erreichen wollen, haben wir in der Erklärung vom 5. November 1937 einen neuen Weg gefunden, der nach meiner Überzeugung einerseits in vernünftiger Weise die innere Geschlossenheit eines jeden der Staaten gewährleistet, andererseits gute Bedingungen zu schaffen für das Zusammenleben einer beträchtlichen, ihrer nationalen Kultur anhängenden Volksgruppe mit dem Staatsvolk eines jeden der beiden Länder zu schaffen vermag. Ich erachte diesen Akt, bei gleichzeitiger Liquidierung — im Juli v. J. — der letzten Überbleibsel einer Ingerenz außenstehender Faktoren auf Gebietsteile Polens und Deutschlands, als einen sehr wesentlichen Schritt zur dauernden Festigung und Kräftigung der Grundsätze, auf welche das Übereinkommen vom Januar 1934 gestützt war.

Im Verhältnis zu unserem zweiten Nachbarn in der entgegengesetzten geographischen Richtung, zur Sowjetunion, hat das verflossene Jahr keinerlei grundsätzliche Änderungen mit sich gebracht. Unser Standpunkt und unsere Politik stützen sich weiterhin auf die Grundsätze des Nicht-Angriffspaktes von 1932 mit allen seinen Ergänzungen; dank diesem Umstande wurden alle auftauchenden laufenden Fragen in einer Atmosphäre sachlicher Verhandlungen erledigt.

Weiter in östlicher Richtung schreitend, muß die im Herbst v. J. vollzogene Erhebung der Gesandtschaften in Tokio und Warschau zum Range von Botschaften als Beweis der für die polnisch-japanischen Beziehungen bezeichnenden Freundschaftlichkeit und Achtung hervorgehoben werden.

Schon die chronologische Aufzählung der Reihe von Besuchen, die in Warschau stattfanden, sowie die damit verbundenen Pläne, von künftigen polnischen Gegenbesuchen bezeugen sowohl unser unvermindertes Interesse an der Ostsee als auch das Gewicht, welches wir der Vertiefung des Zusammenlebens der baltischen

Uferstaaten auf breiter Basis beilegen. Mit diesen Staaten, an die wir zu Wasser oder zu Lande grenzen, verbindet uns, mit einer Ihnen bekannten Ausnahme, ein sich festigendes Solidaritätsgefühl.

Ähnlich sind wir auch im Donaubecken um die Aufrechterhaltung unserer traditionellen Freundschaften bemüht. Ich hoffe, daß sich unsere Kontakte in diesem Raum auch weiter entwickeln werden.

In dieser Frage muß ich daran erinnern, daß von allen angeregten politischen Plänen und Konzeptionen sich in Polen der größten Sympathie die Idee erfreute, die gegenseitigen Beziehungen auf jenen Grundsätzen aufzubauen, die seinerzeit im Januar 1937, während des römischen Besuches des französischen Außenministers, durch die französische und italienische Regierung geplant waren.

Die Übersicht der unmittelbar polnischen Angelegenheiten, welche im letzten Zeitabschnitt irgendwie Gegenstand politischer Tätigkeit waren, wäre ohne eine Erwähnung der Frage der diplomatischen Beziehungen Polens zum apostolischen Stuhl nicht vollständig. Ich möchte feststellen, daß sich das gegenseitige Verständnis zwischen dem Vatikan und der polnischen Regierung im vergangenen Jahr zweifellos vertieft hat. Dies hat in einer wohlwollenden Regelung einiger aktueller Probleme seinen Ausdruck gefunden. Eine dieser Fragen – die Liquidierung der den Ansiedlern zugeteilten ehemaligen Güter der unierten Kirche – wird in einem Gesetzentwurf erledigt werden, welcher den Kammern vorgelegt werden wird.

Gestatten Sie, meine Herren, daß ich noch einmal meine Beurteilung der Sachlage wiederhole und feststelle:

1. daß die Krise der Formen des internationalen Lebens sich vertieft hat,
2. daß wir uns ruhig sagen können, die Politik Polens habe darunter verhältnismäßig am wenigsten gelitten.

Ich wende mich nun wieder dieser Krise zu. Sie hängt vor allem mit dem Völkerbund zusammen, mit seinen Schwierigkeiten und Mißerfolgen — denn selbst gewisse zweifellose Erfolge, welche in internationalen Verständigungen außerhalb des Völkerbundes erreicht wurden, zeugen nicht vom guten Zustand dieser Institution.

Seit längerer Zeit schon konnte ich mich nicht des Eindruckes erwehren – ich habe übrigens den Kammern eine Reihe von Beobachtungen über diese Frage mitgeteilt – daß wir es in Genf mit zwei einander radikal widersprechenden Tendenzen zu tun haben. Einerseits haben Praxis und Erfahrung unwiderleglich erwiesen, daß eine integrale Anwendung der Prinzipien des Paktes die tatsächlichen Möglichkeiten des Instrumentes, welches diese Grundsätze anwenden soll, übersteigt. Daneben konnte man – und das erscheint wie ein Paradox — nicht nur ein Anwachsen gewisser doktrineller oder politischer Leidenschaften feststellen, welche darauf hinausliefen, diesem armen Völkerbund immer schwierigere Aufgaben aufzubürden, sondern auch sogar formale Tendenzen beobachten, diese Mängel, welche die reale Tätigkeit des Völkerbundes aufwies, durch theoretische, bloß auf dem Papier stehende Vorschriften zu ergänzen. Auf ein korrektes Verfahren unseres Staates bedacht und um das endgültige Los der Genfer Institution selbst besorgt, war die polnische Diplomatie schon seit mehr als zwei Jahren bemüht, diesen gefährlichen Widerspruch darzulegen und bei der konkreten Regelung der

auf den Genfer Tisch kommenden Fragen den richtigen Weg zu finden, welchen sowohl Respekt vor Verpflichtungen als auch ein realistischer und vorausblickender Sinn vorzeichnet.

Ich will damit natürlich nicht sagen, daß das Suchen besserer, gerechterer Lösungen internationaler Konflikte im voraus unreal sei.

Was ist also unreal?

Vor allem die Möglichkeit, einen solchen Zustand aufrechtzuerhalten, bei welchem das Statut und die Bestimmungen einer Institution, welche auf die Erfassung aller Staaten der Welt berechnet ist, auf die Dauer nur von einem Teil dieser Staaten sich selbst und anderen Staaten gegenüber angewendet werden sollten. Daher enthielt schon die Tatsache, daß der Völkerbund von Anfang an nicht alle Staaten und vor allem nicht die über bedeutende Kräfte verfügenden Staaten umfaßte, den Ursprung der Krise. Für uns wurde das in ausgeprägter Form in dem Augenblick ersichtlich, als der Völkerbund sogar den Charakter einer europäischen Organisation einbüßte. Dieser Zustand verschärfte sich noch mehr, als auf Grund von Handlungen und Erklärungen die Hoffnung auf die Rückkehr nach Genf einer Reihe erstrangiger Staaten, welche den Völkerbund verlassen hatten, fast auf den Nullpunkt herabgesunken war.

Nicht nur wir allein sind der Ansicht, es sei unmöglich, bloß eine Staatengruppe mit so umschriebenen Verpflichtungen zu belasten, wie sie der Völkerbundpakt seinen Mitgliedern auferlegt, während andere Staaten von solchen Belastungen frei bleiben. Ich denke hier insbesondere an die Verpflichtungen, welche bloß auf Grund der Zugehörigkeit zum Völkerbund dem einzelnen Staat automatisch auferlegt werden könnten, an die Verpflichtung, Opfer auf sich zu nehmen, und an die Verpflichtung, gegen andere Staaten aufzutreten. In den skandinavischen Ländern, in Belgien, der Schweiz, in Holland usw. hat die öffentliche Meinung diese Tatsache deutlich unterstrichen.

Wir stehen ferner auch nicht allein mit der Behauptung, die Genfer Zusammenkünfte könnten nicht ohne Schaden für die gesamte Weltpolitik zu doktrinellen Verbänden und noch mehr: zu einem Block entarten, dessen Tätigkeit gegen andere Blöcke gerichtet wäre. Noch vor kurzem hat Minister Eden in seiner Erklärung im Unterhaus diesen Gesichtspunkt hervorgehoben.

Die Ansichten in dieser Frage, die Schlußfolgerungen, die sich aus diesem Zustand ergeben, reifen jedoch so langsam, daß ich mich bewogen sah, den Weg der Presse zu beschreiten, um unserer und der auswärtigen öffentlichen Meinung den Standpunkt Polens klarzulegen. In unseren Kammern habe ich wiederholt die Stellung der Regierung zur Völkerbundidee und die Bedeutung, welche ich dem Bestehen dieser internationalen Institution beimesse, zum Ausdruck gebracht. Ich habe jedoch auch Gelegenheit gehabt, klar auf die für uns bestehende Unmöglichkeit hinzuweisen, uns einem doktrinellen Block anzuschließen oder unseren Staat zum Instrument einer Politik machen zu lassen, deren Ziele und Mittel nicht durch uns selbst klar bestimmt wären.

Wir haben nicht die Absicht, irgendeine Initiative zu ergreifen, welche die heutige Krise des Völkerbundes vertiefen sollte. Aber wir werden immer wissen müssen, wofür wir verantwortlich sind, wozu wir verpflichtet sind, auf welche Weise und auf Grund welcher Prinzipien in den internationalen Institutionen Entscheidungen getroffen werden. Zu einer solchen öffentlichen Formulierung des Problems bewegt mich insbesondere die Tatsache,

daß entweder in manchen Kreisen der internationalen Meinung die bedeutsamen Veränderungen, welche letzthin durch den Austritt Italiens und die Erklärung Deutschlands über Völkerbundfragen eingetreten sind, auf die leichte Schulter genommen wurden, oder hier und da die Meinung verbreitet wurde, als ob diese Vorgänge für den Völkerbund vorteilhaft seien. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß gewisse Kreise im Völkerbund vor allem ein gegen die sogenannten totalitären Staaten gerichtetes Werkzeug sehen möchten. Auffallenderweise möchten dieselben Kreise das internationale Leben gerade mit Hilfe desselben Völkerbundes gewissermaßen totalisieren. Ich glaube, daß dieser krasse Widerspruch eines weiteren Kommentars nicht bedarf. Noch einmal jedoch unterstreiche ich die Tatsache, daß wir jedermanns Recht, sich zu Hause auf Grund seiner eigenen Anschauungen einzurichten, respektieren, unter der Bedingung, daß er nicht andere, und insbesondere uns selbst, nach seinem Muster prägen möchte.

Noch eine Gefahr besteht in Genf. Diese Frage fällt mehr in das Gebiet der Prozedur als in das der geschriebenen Grundsätze. Wie ich schon erwähnte, nötigten die Schwierigkeiten des Völkerbundes, übrigens mit Recht, wenn neue Probleme auftauchten, eine größere oder geringere Anzahl von Staaten einzuberufen, welche an der gegebenen Angelegenheit interessiert waren oder wenigstens auf ihre Erledigung irgendeinen Einfluß ausüben konnten. Mancher Initiative dieser Art, wie z. B. der Schaffung des Nichtinterventions-Komitees in der Frage des spanischen Bürgerkrieges, haben wir uns in der vollen Überzeugung angeschlossen, daß dies im gegebenen Augenblick das einzige praktische Mittel zur Verringerung größerer Komplikationen war, wie sie die spanischen Ereignisse hervorrufen könnten. Wir haben uns hingegen kategorisch verwahrt und werden uns auch in Zukunft dagegen verwahren, daß dem Völkerbund und damit allen seinen Mitgliedern Entscheidungen zugeschoben werden, welche lediglich durch eine Staatengruppe und außerhalb des Völkerbundes getroffen wurden. Ich befürchte, daß dieser Umstand, in bezug auf die Genfer Institution, die öffentliche Meinung vieler Länder, in denen für diese Art gemeinsamer internationaler Arbeit schon eine gewisse Anhänglichkeit entstanden war, vielfach nachteilig beeinflußt haben muß.

Ich habe mich bemüht, meine Herren, Ihnen eine Analyse gewisser organischer Mängel des Völkerbundes, sowie den Einfluß der Ereignisse der letzten Jahre auf die Tätigkeit dieser Institution darzustellen.

Wie aus der Darstellung unserer unmittelbaren, nächstliegenden politischen Probleme hervorgeht, sind wir den heutigen Schwierigkeiten ziemlich glücklich entronnen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß nicht auch für uns auf gewissen Gebieten Komplikationen entstehen. Es geht mir hier um das Los gewisser Gedanken und Anregungen, welche wir mit Hilfe der Genfer Zusammenarbeit mit anderen Staaten verwirklichen möchten. Wie Sie wissen, meine Herren, haben wir auf diesem Forum die uns lebhaft interessierenden und nahestehenden Probleme der Auswanderung und des Zutritts zu den Rohstoffen gestellt. Die Diskussion über dieses Thema hat das Verständnis und die Kenntnis unserer Forderungen von Seiten einer Reihe anderer Staaten erleichtert.

Unabhängig von den allgemeinen Thesen, ruht in den Händen des Völkerbundes die Entscheidung über ein konkretes Problem, und zwar über die Zukunft Palästinas. Diese Frage ist ein besonders wesentliches Moment auf dem Wege zur Regelung des allgemeinen jüdischen Auswanderungsproblems, welches wiederum einen sehr wichtigen Bestandteil der Gesamtheit unserer Auswanderungsfragen bildet. Aus verschiedenen Gründen, je nach den einzelnen Ländern und ihren Lebensbedingungen, ist dieses Problem übrigens über lokale Rahmen hinausgewachsen und zu einer europäischen

Angelegenheit geworden. Alle diese Probleme sind und werden, unabhängig vom Schicksal des Völkerbundes, für uns sehr wesentlich bleiben, da sie im Leben bestehen und immer größere Aufmerksamkeit erfordern. Immer häufiger hören wir wieder von Plänen und Ideen eines Wiederaufbaues der internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen. Wir mußten feststellen, daß diese Projekte keine ernstlichen Aussichten auf Erfolg haben, wenn man die Augen vor der Aktualität der Rohstoff- und Auswanderungsfragen verschließt.

Wenn der Völkerbund sich auf diesen Gebieten ratlos erweisen sollte, dann werden wir — das ist klar — keineswegs auf unsere Anstrengungen verzichten, um entweder auf dem Wege der Verständigung mit einzelnen Staaten oder mittels irgend einer anderen internationalen Zusammenarbeit wirksame Mittel zu finden zur Lösung von Problemen, welche sowohl unsere Lebensinteressen berühren, als auch ein Fragment im allgemeinen Werk des Wiederaufbaus eines erträglicheren und normaleren Daseins in der Welt bilden. Ich muß hier hinzufügen, daß das erste Ergebnis der Studien auf diesem Gebiet keineswegs entmutigend ist.

Die Sorgen, von denen ich soeben sprach, stammen in bedeutendem Maß daher, daß der Völkerbund zur Zeit seiner prosperität freigebig verschiedene Rechte und Verpflichtungen in der Welt auf sich nahm. Nicht immer entsprachen die Mittel den Aufgaben. Dem sind wir auch in unserem unmittelbaren Interessenbereich, z. B. auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig begegnet.

In Genf wird es wegen verschiedener, in verschiedenen Teilen der Welt bestehender Angelegenheiten noch viele Schwierigkeiten geben — und ich weiß nicht, wie der Völkerbund mit den Verpflichtungen, die er auf sich genommen hat, fertig werden wird.

Es wäre vermutlich schwierig, heute über das Los der Genfer Institution irgendwelche Voraussagen zu machen. Ich bezweifle auch, daß die nächste Januartagung des Völkerbundes hier entscheidende Lösungen bringen können. Ich habe jedoch den Eindruck, daß die Schwächung des Völkerbundes zweifellos gewissermaßen das Gefühl größerer individueller Verantwortung bei einzelnen Regierungen hervorrufen wird. Die überwiegende Mehrheit dieser Regierungen wünscht zweifellos eine ruhige Gestaltung ihrer eigenen Existenzbedingungen und damit auch der Existenzbedingungen der anderen Völker. Daher verfolgen wir auch mit lebhaftem Interesse die Versuche einer Anknüpfung von Gesprächen zwischen den einzelnen Hauptstädten, in der Überzeugung, daß die Erfahrungen der früheren Jahre und die sachliche Beurteilung der Situation durch die europäischen Staaten uns niemals vor solche Projekte internationaler Zusammenarbeit stellen wird, welche mit unseren unantastbaren Grundsätzen und unseren Lebensinteressen in Widerspruch ständen.

[Quelle: Monatshefte für Auswärtige Politik 5 (1938), H.2, S.141-149.]